

BUND Hessen • Geleitsstraße 14 • 60599 Frankfurt am Main
Hessische Staatskanzlei
Ministerpräsident Volker Bouffier
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
Landesverband
Hessen e.V.

Frankfurt am Main, den 7. Februar 2020

Kopie an HMWEVW, Staatsminister Tarek Al Wazir

Offener Brief

Bundesratssitzung am 14. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

in der am 14.02. anstehenden Plenarsitzung des Bundesrates können auch für die Bürger*innen in Hessen verkehrspolitisch wichtige Weichen gestellt werden. Bei verschiedenen Tagesordnungspunkten werden Themen verhandelt, die wesentlichen Einfluss darauf haben, wie die Mobilität der Zukunft ausgestaltet sein wird.

Das unter Tagesordnungspunkt 9a zu behandelnde Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) stellt nicht weniger als eine Zäsur in Sachen Demokratie und Föderalismus dar. Die Bundesregierung plant mit diesem Gesetz, zunächst 14 Bauvorhaben für die verkehrliche Infrastruktur direkt vom Bundestag per Gesetz zu erlassen. Wir sehen in der damit einhergehenden Einschränkung von Klagerechten einen schweren Verstoß gegen die Aarhus-Konvention. Zudem sehen wir die Gefahr, dass den 14 aktuell benannten Projekten weitere aus dem Bereich des Straßen- oder Stromtrassenbaus folgen werden. Es könnte sich als fataler Fehler herausstellen, den Beteuerungen des Bundesverkehrsministers Glauben zu schenken und das MgvG in seiner jetzigen Form durchgehen zu lassen.

Aus unserer Sicht wäre die Anrufung des Vermittlungsausschuss das Mindeste, um Änderungen bezüglich der vollumfänglichen Klage- und Einspruchsrechte der Bundesländer und der Zivilgesellschaft im Gesetz festzuschreiben.

Auch wir sehen, dass einige Planungen hierzulande aktuell zu lange dauern. Dringend erforderlich ist, dass eine Beschleunigung der Verfahren dort ansetzen muss, wo die eigentlichen Defizite liegen, und das sind aus unserer Sicht eine schlechte und zu späte Öffentlichkeitsbeteiligung, Planungsfehler sowie eine schlechte personelle Ausstattung der Planungs- und Genehmigungsbehörden.

In einem 5-Punkte-Programm haben wir unsere Vorschläge zur Beschleunigung der Planung und Genehmigung großer Verkehrsinfrastrukturprojekte zusammengestellt.

(https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/mobilitaet/mobilitaet_planungsbeschleunigung_gesetz_5_punkte.pdf)

Weitere wegweisende Themen sollen unter Tagesordnungspunkt 50, Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 591/19, besprochen werden. Zwar wird dort auch eine Reihe von guten Verbesserungen für die Verkehrssicherheit von Radfahren aufgeführt, dennoch privilegiert die deutsche Straßenverkehrsordnung (StVO) nach wie vor das Auto.

In der Ausschussempfehlung 591/1/19 des Verkehrsausschusses finden sich diesbezüglich entscheidende Positionierungen, die der Bundesrat beschließen und notfalls auch aktiv gegen die Bundesregierung vertreten sollte. Wir bitten Sie eindringlich, diese Positionen mitzutragen und auch öffentlich dafür einzutreten.

So wird in Unterpunkt 2 die Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 130 km/h auf Autobahnen gefordert. Aktuelle, repräsentative Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Befragten für die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen ist, sei es aus Gründen der Verkehrssicherheit oder des Lärm- und Klimaschutzes.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier, wir wünschen uns ein klares Bekenntnis auch von Ihnen für ein generelles Tempolimit.

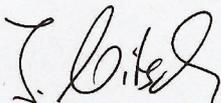
In Unterpunkt 73 spricht sich der Verkehrsausschuss für eine grundlegende Reform der StVO aus, welche die von uns kritisierte anhaltende Privilegierung von Kfz ganz grundsätzlich angehen würde.

Positiv bewerten wir die verbindliche Festschreibung der 'Vision Zero', ein Handlungskonzept für das Ziel „Null Verkehrstote“, das nicht zuletzt auch durch die Einführung einer Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts erreicht werden kann.

Aus unserer Sicht sind dies richtige und notwendige Schritte hin zu mehr Verkehrssicherheit, Lärm- und Klimaschutz in unseren Städten.

Wir stehen Ihnen gerne für einen persönlichen Austausch zu diesen Themen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Nitsch
Landesvorsitzender